

* Ruedi Schmidig ist GB-Grossstadtrat und Mitglied der parlamentarischen Spezialkommission «Abrechnung Sonderkredit KKL und Zusatzkredit Bourbaki-Panorama». Schmidig arbeitet als Treuhänder in Luzern.

Somit folgende Fragen beantwortet, was hat zum Debakel geführt? Wieso hat man es erst so spät entdeckt, und was ist die Folge davon? An sich ist der Fidinter-Bericht nicht schlecht. Allen Beteiligten wurde gebührend Gehör gegeben, und er zeigt die Mängel des Projekts auf.

Erstaunlicherweise kommt man aber zum Schluss, dass die Sache nicht günstiger zu haben gewesen wäre, dies trotz aufgedeckter

Defizits nicht schon im vorliegenden Klagewesen?

Was die Analyse betrifft, hat man sicher nichts zu verdecken versucht. Doch was die besagten Schlussfolgerungen betrifft, denke ich, wollte man die Wellen nicht allzu hoch gehen lassen. Auch wenn das Schlamassel offen aufgezeigt wurde, endet das Gutachten in einem nicht nachvollziehbaren Fazit. Als sei nichts passiert.

und dass die Einbürgerungen beschleunigt. Sie sind überzeugt, dass ein sauber geplantes Gebäude günstiger zu realisieren ist.

Hätte man die Untersuchung des Debakels anders anpacken sollen, als dies der Stadtrat gemacht hat?

Als Milizparlament sind wir darauf angewiesen, dass externe Personen beigezogen werden. Das aber liegt in der Kompetenz des Stadtrates, so wie er es auch gemacht hat. Die

Abrechnung der Bourbaki-Panorama mit der Lösung von laufenden Drittdarlehen.

Reicht das für die Zukunft?

Man kann davon ausgehen, dass die Stiftung mit dem gesprochenen Kapital überlebensfähig sein wird.

Das heisst, es wird keine weiteren Zahlungen der Stadt an die Stiftung mehr geben? Trotz finanzieller Pendenzen, beispielsweise wegen der Verbesserung der Lüftungsanlage oder der Strafklage gegen Koller und Partner?

Wir sind überzeugt, dass diese Pendenzen das Parlament nicht mehr betreffen. Es ist nun Sache des Stiftungsrats, diese Probleme im Rahmen seiner Tätigkeit zu lösen. Die Stiftung bekommt dafür ausreichend Betriebskapital. Und bei einem künftigen Finanzbedarf kann sie die Hypothek wieder erhöhen.

Wie ist das Bourbaki-Debakel abschliessend zu würdigen?

Politisch relevant ist, dass der Stadtrat mit seinem Fazit aus dem Fidinter-Bericht eine Haltung an den Tag gelegt hat, als ob eigentlich nichts passiert sei. Man hat damit ein absolut falsches Signal gegen aussen gesendet. Man kann einwenden, die Stadt sei nicht selber Bauherrin gewesen. Doch in der Bevölkerung wurde das anders wahrgenommen, auch von den Unternehmern. Gegen aussen ist das Bourbaki-Panorama ein Gebäude der Stadt. Schliesslich zahlt sie nun auch die Mehrkosten. Ich persönlich bin zufrieden mit dem Gebäude. Es ist aber schade, dass die Projektabwicklung so gelaufen ist und demokratische Spielregeln missachtet worden sind. Es wurde ein gegenüber der Volksabstimmung völlig geändertes Projekt realisiert.

Offenbar hat das Vertrauen zwischen Stadtrat und Parlament gelitten?

Durchaus, weshalb es von beiden Seiten grosse Anstrengungen braucht, das jetzige Verhältnis wieder zu verbessern. Besser werden muss vor allem der Umgang mit Kritik. Wichtig ist auch, dass das Parlament mehr Informationen erhält. Mit dem in GB-Vorstößen geforderten Reportingssystem, das der Stadtrat einführen will, ist das nun aufgegleist. Das betrifft die verselbständigten Städtischen Betriebe, wie zum Beispiel die EWL AG oder die VBL AG, aber auch Projekte, bei denen sich die Stadt finanziell wesentlich beteiligt. Vom Stadtrat haben wir inzwischen die Zusicherung, dass das Parlament im jährlichen Geschäftsbericht informiert wird. Im Frühjahr wird der Stadtrat diesbezüglich erstmals Rechenschaft ablegen müssen, so zum Beispiel über das regionale Eiszentrum.

Wozu: DEZEMBER 2007

luzern heute

Kleinkrimineller Nebel



EDITH ARNOLD lebt derzeit im nebulösen Kuba

Nie werde ich mich in Havanna an die Videoüberwachungskameras aus Fleisch und Blut gewöhnen. Da weigert sich jeglicher Wille. So stürmte ich gestern noch schneller als sonst in einen dieser paar staatlichen Denner-Läden mit Globus-Preisen hinein, einfach an der Securitas vorbei. Bis die grüngekleideten Männer aus der Perplexheit erwachten und meine Spuren aufnehmen konnten, hatte ich das Paket Spaghetti, den Kübel Joghurt und die Flasche Rum bereits aus den Regalen genommen. Die Tasche, rief ein Securitas-

Mann von hinten, man müsse die Handtasche beim Eingang abgeben. Nie und nimmer würde ich das tun, rief ich zurück.

Verfolgt von den Wächtern und ihren fordernden Worten marschierte ich noch einige Konservendosenstrassen ab, in der Hoffnung, ein etwas überraschenderes Produkt zu finden. An der Kasse hatte die Verfolgungsjagd ein Ende. Ich bezahlte die drei Dinge und verstaute sie in einen Plastiksack. Dieser wurde einen Schritt weiter von der erwähnten Securitas durchsucht und mit dem Kassabon verglichen. Alles o.k.?

Solche Spässe kann sich nur eine Ausländerin erlauben. Jeder Kubaner folgt in der Öffentlichkeit stumm und stramm den Diktaten der Funktionäre. Gerne möchte ich aber deren Plastiksäcke kontrollieren, die während oder nach der Arbeit von den Läden in die Privatwohnungen rüberwachsen. Und warum sollten sie es nicht tun, entspricht das

Monatssalär doch etwa dem Gegenwert meines Einkaufs. Die einzige Motivation der Zigarrenroller und -rollerinnen, die im Akkord in den Tabakfabriken arbeiten, müssen die weltbekannten «Cohiba»-Schachteln sein. Sie werden an der eingeweihten Wache vorbeigeschmuggelt und auf der Strasse an die Touristen verhandelt. Mit dem Erlös werden alle Beteiligten zufriedengestellt.

In der Schweiz ist ein Securitas noch ein Securitas, ein Polizist ein Polizist und die Prostituierte arbeitet legal als Selbständigerwerbende. Oder? In Kuba gibt es letztlich nur Staatsangestellte einer etwas unkonsequenten Regierung. Jegliche käufliche Liebe ist bei Gefängnisstrafe verboten. Dabei dienen die Strassen tagein tagaus als einziger Catwalk für Reizwäsche. Dünnste Stofffetzen heben die prallen Rundungen und Muskeln hervor, oftmals auch von Frauen und Männern mit Studienabschluss. Da müssen nebst den extra dafür aus Europa angereisten Herren selbst die kubanischen Polizisten an den Strassenecken schwach werden. Weiss der Teufel, was dann verhandelt wird.

Weit über die Hälfte der auf der Insel gehandelten Waren und Dienstleistungen sollen über krumme Touren ablaufen. Das macht das Land umso spannender. Man fühlt sich wie in einem 24-Stunden-Gangsterfilm. Ich habe mir neuerdings einen Sport daraus gemacht, für mich etwas Licht in den kleinkriminellen Nebel zu bringen, und verbringe mehr und mehr Zeit auf meinem mobilen Wachposten. «Hay que sobrevivir», heisst es jeweils, wenn ich nach dem nicht ganz sauberen Tun frage, «man muss überleben», irgendwie. Einen der wohl anständigsten oder

transparentesten Kubaner habe ich im Ghetto von Santiago de Cuba getroffen. Er haust in einer Kassettenblockwohnung russischen Stils. Zwar besitzt er einen Fernseher, doch bringt dieser seit Jahren kein Flimmern mehr zustande. Die Kloschlüssel im dunklen Badezimmer weist einen Sprung zum Boden auf. Von den zwei Betten ist nur mehr eines sicher. Die sieben Dollar Monatslohn als Mechaniker haben für eine fünfköpfige Familie zu reichen. Zudem bewegen sich hungrige Mücken und Fliegen durch die Luft. Sollte der Besagte tatsächlich einem illegalen Zweiterwerb nachgehen, macht er einen schlechten Job.

Lieber gehe ich wieder auf diesen Marktplatz im Zentrum von Havanna, wo es keinen einzigen Verkaufsstand gibt. Hier treiben sich Geschäftsleute in Freizeitluft herum. Mit ausgefahrenen Augen beobachten sie das Geschehen und treten sofort auf den Plan, lauern sie irgendein Bedürfnis. Ein Kollege suchte hier ein Ticket für jenen Zug, der angeblich längst bis auf den letzten Platz ausverkauft ist. Kaum hat er seinen Wunsch geäussert, verschwindet der Befragte und es taucht ein Spezialist auf. Ein paar Minuten später erhält er ein Ticket zu einem zweifach überhöhten Preis überreicht. Es wurde um sieben Ecken herum letztlich am Bahnschalter auf seinen Namen ausgestellt.

Aber was heisst hier illegal. Man befindet sich ja in einem sozialistischen Land, wo die Güter und Dienstleistungen unter der Bevölkerung solidarisch aufgeteilt werden sollten. Geschieht dies nicht freiwillig durch die Regierung, hat eben der gemeine Bürger für sein Recht zu sorgen.